

## Einkommensrunde Bund und Kommunen 2023 Schlichtung nach Scheitern

Plötzlich weiteres Angebot nach Verhandlungsabbruch

„Überzogen“, „kompromisslos“, „maßlos“ – mit diesen Adjektiven belegten Kommentatoren die gewerkschaftliche Position nach dem Scheitern der Verhandlungen um den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Ende März in den Medien.

Angelpunkt für ihr Unverständnis war das Angebot, dass die Arbeitgeberseite nach eigenen medienwirksamen Aussagen nach der gescheiterten dritten Verhandlungsrunde in der Nacht vom 29. auf den 30. März angeblich noch eingebracht haben wollte.

Laut Bundesinnenministerin Nancy Faeser und der Verhandlungsführerin für die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), Oberbürgermeisterin Katrin Welge, sollten damals linear 8 Prozent mehr Einkommen und ein Mindestbetrag von 300 Euro sowie eine Einmalzahlung von insgesamt 3 000 Euro in die Waagschale geworfen worden sein.

Problem: Den Gewerkschaften auf der Arbeitnehmerseite war das nie wirksam angeboten worden im Rahmen der eigentlichen Verhandlungen.

Der dbb teilte dazu per bundesweit gestreutem Flugblatt am 30. März 2023 mit: „Nach drei Verhandlungsrunden in Potsdam haben Bund und

Kommunen noch immer keinen akzeptablen Kompromiss vorgelegt. Ihr letztes ‚Angebot‘ war die Mogelpackung aus der zweiten Runde. Seither hat es keine konkreten Fortschritte gegeben. Das damalige Angebot belief sich auf magere lineare fünf Prozent bei einer Laufzeit von 27 Monaten. Trotzdem ist jetzt in vielen Medien von vermeintlich großzügigen Arbeitgeberangeboten die Rede. Das hat folgenden Hintergrund: Nicht gegenüber den Gewerkschaften, sondern erst gegenüber den Medien sind Bund und VKA zu großer Form aufgelaufen und haben konkrete Angebote in den Raum gestellt. Zuvor, in den Verhandlungen, war immer nur von „Denkmodellen“ die Rede. Diese waren aber weder verbindlich noch ausreichend. Im Nachgang die eigenen Gedankenspiele zu Angeboten aufzuheben, dient also vor allem der Selbstrechtfertigung.“

Kein Wunder also, dass die Tarifvertragsparteien nach drei Tagen in Potsdam in der dritten Runde kein Ergebnis erzielten, wenn es so aneinander vorbei geht.

Der dbb hatte wie berichtet 10,5 Prozent mehr Einkommen, mindestens aber 500 Euro mehr im Monat gefordert. Dieser Mindestbetrag ist wichtiger Forderungsbestandteil. Für die Bezieherinnen und Bezieher kleinerer Einkommen

soll so ein Ausgleich für die hohe Inflation erreicht werden. Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände hatte einen Mindestbetrag abgelehnt – aus Gewerkschafts-sicht auch in der dritten Verhandlungsrunde.

dbb Tarifchef Volker Geyer, der die dbb Schlichtungsdelegation dann anführte, sah die Schlichtung als Chance, „allerdings nur, wenn dort nicht Beton angerührt wird. Schlichtungen im öffentlichen Dienst hat es immer wieder gegeben, sie stellen eine Chance dar, verfahrenere Situationen aufzulösen.“ Die letzte Schlichtung für den gesamten TVÖD-Bereich fand im Februar 2010 statt. Danach gab es im Juni 2015 noch eine Schlichtung im Zusammenhang mit Verhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst.

Nun gab es zwei Schlichter. Gewerkschaften und Arbeitgeber benennen jeweils eine Person. Auf Gewerkschaftsseite war dies aktuell Henning Lühr, ehemaliger Staatsrat in Bremen. Die Arbeitgeber hatten den ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt benannt. Diese beiden komplettierten die Schlichtungskommission, in die Gewerkschaften und Arbeitgeber jeweils zwölf Teilnehmende entsenden. Volker Geyer weiter: „Ich traue beiden Schlichtern einiges zu, aber hexen



können auch sie nicht. Die beiden wesentlichen Fragen müssen beantwortet werden: Wie wird der effektive Ausgleich der inflationsbedingten Belastungen der Beschäftigten sichergestellt und wie wird die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gewährleistet und mit qualifiziertem Personal organisiert?“

Die Schlichtungskommission sollte zu einer Einigungsempfehlung kommen. Wäre eine Schlichtungsempfehlung nicht erreicht worden und bei einer Abstimmung über die Empfehlung ein Patt entstanden, hätte der stimmberechtigte Schlichter die entscheidende Stimme gehabt. Die Schlichter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften wechseln sich dabei von Schlichtung zu Schlichtung ab. In der aktuellen Schlichtung hatte der Schlichter der Gewerkschaften die entscheidende Stimme gehabt.

Der Schlichterspruch wurde den Tarifvertragsparteien zugestellt. Danach mussten die Tarifverhandlungen wieder aufgenommen werden. Die Empfehlungsausschließung beendet dabei allgemein die Friedenspflicht. Das hätte dann auf eine gewerkschaftliche Urabstimmung der tarifgebunde-

nen Gewerkschaftsmitglieder über die Frage eines Vollstreiks hinauslaufen können.

dbb Tarifchef Volker Geyer: „Die Arbeitgeber haben sich auch in der zähen dritten Ver-

handlungsrunde nicht bewegt beziehungsweise für einige Bereiche des öffentlichen Dienstes sogar Gegenforderungen aufrechterhalten, die zum Beispiel die Funktionsfähigkeit von Krankenhäusern ernsthaft

infrage stellen. Deshalb haben die Gewerkschaften die Verhandlungen für gescheitert erklärt.“ Bund und VKA riefen daraufhin die Schlichtung an, eine vierte Verhandlungsrunde wurde auf den 22. April terminiert

– nach Redaktionsschluss für diese „durchblick“-Ausgabe.

Detailinformationen zum Stand der Einkommensrunde TVÖD finden sich im Netz unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de).

## Einkommensrunde Bund und Kommunen 2023

# Demo in Koblenz

komba Veranstaltung mit über 700 Teilnehmenden

Kurz vor der dritten Verhandlungsrunde um den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen, die am 27. März 2023 in Potsdam begann, haben über 700 Demonstranten und Demonstrantinnen in Koblenz ihrem Unmut über das Mogelpackungsangebot der Arbeitgeber aus der zweiten Verhandlungsrunde energisch Ausdruck verliehen.

Für den 21. März 2023 hatte die komba gewerkschaft rheinland-pfalz zur zentralen Warnstreikaktion in der Koblenzer Altstadt aufgerufen. Diesem Aufruf folgte trotz Regenwetters eine bunte Schar Betroffener. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer machten ihrer Unzufriedenheit über das unzureichende Angebot der Arbeitgeber und die schwierige Lage im öffentlichen Dienst lautstark Luft. Aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes war zu hören, dass das vorliegende Angebot mit Wertschätzung

der Arbeit im öffentlichen Dienst nichts, aber auch gar nichts, zu tun hat.

Mit einem Protestmarsch durch die Altstadt legte der Demonstrationszug insbesondere die Clemensstraße zeitweise lahm, angeführt vom Dudelsackpfeifer Peter MacCoogan – „The Walking Mac“ – und ausgestattet mit Trillerpfeifen, Fahnen, Tröten sowie – Regenponchos.

Nach einer kurzen Begrüßung durch Rolf Führ, den Landesvorsitzenden der komba gewerkschaft rheinland-pfalz, folgte nach der Rückkehr auf den nun gefüllten Jesuitenplatz ein musikalisches Zwischenspiel des Koblenzer „singenden Müllmanns“, Daniel Ferber.

In der anschließenden Rede legte Rolf Führ mit deutlichen Worten dar, weshalb die Gewerkschaften auf die Straße gehen. Das damals aktuelle

„singenden Müllmanns“ übernahm die stellvertretende Landes- und Bundesvorsitzende der komba gewerkschaft, Sandra Müller, das Mikrofon und berichtete aus erster Hand über den Verlauf der bisherigen Tarifverhandlungen. Während ihrer Rede kamen auch verschiedene Berufsgruppen zu Wort und deren Vertreterinnen sowie Vertreter konnten darlegen, aus welchen Gründen auch aus ihrer Sicht die Forderungen der Gewerkschaft so und nicht anders lauten müssen und eben nicht unberechtigt sind.

Erneut sorgte der „singende Müllmann“ für Schwung und Bewegung und bereitete so das Feld für die Rede der dbb Landeschefin Lilli Lenz. Auch sie verteidigte die Forderungen der Gewerkschaften als gerechtfertigt und bedankte sich bei den solidarisch teilnehmenden Beamtinnen und Beamten. Die aktuellen Tarifverhandlungen seien die Basis für die im Herbst anstehenden Tarifverhandlungen auf Landesebene, deren Ergebnis nach einem Beschluss der Landesregierung 1 zu 1 auf Beamtinnen und Beamte, aber auch für die Versorgungsempfänger/-innen übertragen wird.



> Clemensstraße: dicht

Angebot der Arbeitgeber sei eine „Mogelpackung“, zwei Verhandlungsrunden hätten wegen der Verweigerungshaltung insbesondere der kommunalen Arbeitgeber nichts gebracht und dabei sei die gewerkschaftliche Forderung nach 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro, bei einer einjährigen Laufzeit fair und angemessen.

Nach einem weiteren musikalischen Zwischenspiel des „sin-



> Gefüllter Jesuitenplatz: unter dem komba Banner mittig Peter Mertens, stellvertretender dbb Landesvorsitzender



> komba Bundesvizin Sandra Müller und dbb Landeschefin Lilli Lenz (rechts)



> komba Landeschef Rolf Führ

„Wertschätzung beginnt mit gerechter finanzieller Teilhabe! Denn faire Bezahlung ist kein Almosen! In Zeiten erschwelter Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst mit immer komplexeren Aufgaben braucht es dringend eine Bezahlung, die das Etikett „angemessene Teilhabe“ auch verdient. Denn sonst wird dem

Personal zunehmend die Grundlage entzogen, die anstehenden Aufgaben auch erfüllen zu können. Sonntagsreden zur Wertschätzung reichen nicht! Taten müssen folgen! Einen leistungsstarken, bürgerorientierten öffentlichen Dienst erhält man nicht durch Verhandlungsverzögerungen oder Taschenspieler-



> Daniel Ferber, „der singende Müllmann“ macht Stimmung.



> Aufstellung des Demo-Zugs

tricks beim Angebot“, so Lilli Lenz kämpferisch. Und weiter: „Wir sind eine bunte Familie unter dem großen dbb Dach. Freude am Beruf, dem Dienst am Bürger und für das Gemeinwohl eint uns ebenso wie der entschiedene Einsatz für gerechte Bezahlung und eine ordentliche Personalausstattung im öffentlichen Dienst. Egal ob Tarifbeschäftigte oder Beamte – wir stehen zusammen und zeigen der Arbeitgeberseite unsere Solidarität.“

Die Veranstaltung endete gegen 13 Uhr mit einer Verabschiedung durch den Landesvorsitzenden Rolf Führ und einer letzten Darbietung des „singenden Müllmanns“.

Die größte Teilnehmergruppe der Warnstreikaktion stellte

die Kommunalgewerkschaft komba, die auch alles organisiert hat. Integriert war hier der Bundesverband der Lebensmittelkontrolleure. Mit größeren Gruppen beteiligt waren außerdem die Bundesbedienstetengewerkschaften vbob und VAB, die Gewerkschaft Arbeit und Soziales – vbba –, die Straßen- und Verkehrsgewerkschaft VDStr., die DSTG, die DPoIG – Bundespolizei und Landesebene –, die Bildungsgewerkschaften vlbs, vlw und Philologenverband sowie unter anderen die DJG für den Justizsektor. Natürlich hat auch die dbb jugend rheinland-pfalz mitgemischt.

Detailinformationen zum Stand der Einkommensrunde TVöD finden sich im Netz unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de).